



13.05.11



012 Mr 13/11.

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Haus-Vorster-Str. 8

2

51379 Leverkusen

6. November 2009

Einführung einer kontinuierlichen und ergebnisorientierten Sozialberichterstattung für die Stadt Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der entsprechenden Gremien:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine kontinuierliche und ergebnisorientierte Sozialberichterstattung einzuführen.

Diese umfasst eine sozialraumorientierte Beobachtung von Lebensverhältnissen und möglichen sozialen Missständen in der Stadt. Die betroffenen Fachbereiche der Stadt Leverkusen (z.B. Soziales, Kinder und Jugend, Schulen, Stadtentwicklung, Statistikstelle) arbeiten bei der Berichterstattung zusammen. Die Federführung für die kommunale Sozialberichterstattung wird dem Fachbereich Soziales übertragen.

Mindestens einmal jährlich erstellt die Verwaltung einen Sozialbericht und stellt die Ergebnisse Politik und Öffentlichkeit vor. Der Bericht soll konkrete Handlungsvorschläge zur Lösung bzw. Abmilderung der Folgen sozialer Missstände beinhalten.

Begründung:

Mit dem Leverkusener Sozialbericht 2009 erfolgt erstmals eine umfassende Darstellung von sozialen Problemlagen in der Stadt Leverkusen.

Aus dem vorliegenden Werkstattbericht, der am 1. April 2009 der Politik und Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde, ergeben sich Erkenntnisse über nicht hinnehmbare soziale Differenzen, so etwa zur überdurchschnittlichen Armutsbetroffenheit bestimmter Bevölkerungsgruppen oder zu strukturellen Missständen in bestimmten Stadtteilen.

Hier wird deutlich: Gesamtgesellschaftliche, ökonomische aber auch politische Fehlentwicklungen führen in unserer Stadt zunehmend zu einer Spaltung in

„integrierte“ und „ausgeschlossene“ Teile der Bevölkerung. Allein die aufgezeigte eklatante Spreizung der Einkommensverhältnisse ist nicht hinzunehmen, denn materielle Armut wirkt sich auch auf andere Lebensbereiche negativ aus. Vor allem darf nicht weiter zugelassen werden, dass der Zugang bestimmter Bevölkerungsgruppen zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohlstand dauerhaft eingeschränkt bleibt und sich über Generationen hinweg verfestigt.

Die Stadt Leverkusen muss den Anspruch an eine „sozial gerechte Stadt“ erfüllen. Soziale Balance ist Grundpfeiler einer demokratischen Stadt, in der sich Wachstum und Wohlstand entwickeln können. Die Politik muss alles daran setzen damit kein Mensch in der Stadt sozial ausgegrenzt wird.

Als Grundlage ist eine kommunale Sozialberichterstattung dauerhaft zu verankern. Diese muss ressortübergreifend angelegt sein und darf sich nicht allein auf Beschreibung von Lebenslagen begrenzen. Regelmäßige Fachtagungen dienen dem Austausch von unterschiedlichen Standpunkten. Vor dem Hintergrund, dass aus finanzwirtschaftlichen Gründen nicht alles sozial-, jugend- oder bildungspolitisch Wünschenswerte umsetzbar ist, müssen politische Entscheidungen über den Einsatz knapper Mittel stärker als bisher auf differenzierter Informationsbasis erfolgen. An Hand eines sog. Sozialmonitorings (differenzierte Beobachtung anhand von einzelnen Kennzahlen wie z.B. Arbeitslosenquote, Kinderarmutsquote, Bildungsbeteiligung, Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen usw.) erstattet die Verwaltung deshalb gegenüber der Politik mindestens einmal jährlich umfassend Bericht über soziale Entwicklungen. Die Berichterstattung gibt außerdem konkrete Handlungsempfehlungen zur Lösung oder Abmilderung vorhandener Missstände ab, soweit sie durch kommunales Handeln beeinflusst werden können.

Im Einzelfall entstehende zusätzliche Personal- und Sachkosten (wie z.B. für die Durchführung von Fachtagungen unter Beteiligung von Experten) würden durch drohende Kostenlasten als Folge sozialer Fehlentwicklungen bei Weitem aufgewogen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Eva Lux
Ratsfrau


Ingrid Geisel
Ratsfrau

gez.
Stefan Baake
Ratsmitglied